

politik besteht darin, alles den Besitzlosen zu rauben und alles für die bestehende Klasse zu geben. (Sehr wahr! v. d. Komm.)

Die Partei des Herrn Breitscheid, der vorhin einen Kampf gegen Kartelle und Truste ankündigte, stellte bereits den Finanzminister mit dem Programm: „Das wichtigste in der Wirtschaftspolitik Deutschlands ist die Vermehrung und Sicherung des Kapitals.“ Kapitalbildung war das Generalprogramm Hermann Müllers und Silberdinge. Brüning hat daran weiter gearbeitet. Das wird auch die Politik Hillers sein.

Das Programm, das Breitscheid für die SPD heute ausgab, wird selbst in den Reihen der SPD-Arbeiter nicht einen einzigen Arbeiter finden, der daran glaubt.

Diese Zustände sind in Deutschland nur möglich infolge des Stillhaltens der SPD und des ADGB

Herr Brüning hat es die Junge verschlagen, die Notverordnungen ins rechte Licht zu rücken. Herr Breitscheid hat sehr geläufige Worte dafür gefunden. Er war der Begründer der Notverordnungen, nicht Herr Brüning. Herr Brüning gestand, er hätte die Politik nur durchführen können, weil keine größeren Streiks gewesen sind, warum? Die Streikbrecherpartei und der ADGB haben dafür gesorgt.

Nicht die Kommunisten sind die Wegbereiter der Rechtsregierung, wie Breitscheid vorhin erklärte, sondern die sozialdemokratischen Regierungen, die wir bisher gehabt haben, haben dem Faschismus den Weg frei gemacht. Wer hat 1918 die reaktionären Nachtigalpen aus den Mausefchern herausgeholt, wer hat sie als weiße Truppen organisiert, Roste und Scheidemann, Ebert. Die Sozialdemokraten haben die Nationalsozialisten erst geboren. So ist es heute noch. Vor jedem Nationalsozialisten steht die Sewering-Polizei als Schutz.

Genosse Kemmele kommt dann auf die Gründung der Sewering-Rosenfeld-Gruppe zu sprechen, die nur verhindern soll, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zur kommunistischen Bewegung gelangen.

Das Brüning-Programm bedeutet die Verflüchtung des schärfsten Kampfes gegen das werktätige Volk. Warum die Verfolgung gegen die Kommunisten? Weil sie die einzigen Vertreter der Interessen des werktätigen Volkes sind.

Wir fordern die Arbeiterklasse auf, mit den Notverordnungen so zu verfahren, wie Brüning mit der Verfassung. Die Notverordnungen verbieten den Arbeitern Versammlungen. Genosse Kemmele erinnert an die Ausführungen Bedels auf dem Rannheimer Parteitag 1906 zur Einführung eines neuen Reichsvereinzelgesetzes: „Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen, sonst wären wir erbärmlich elende Kerle!“

Unter den letzten Notverordnungen ist die Aufhebung der Pressefreiheit. Wo besteht diese Pressefreiheit heute noch? Von April bis Oktober 1931 sind 61 kommunistische Zeitungen verboten worden, verboten von Sozialdemokraten. Auch die Drohungen gegen illegale Zeitungen schrecken uns nicht. Wir spielen nicht mit der Legalität oder Illegalität. Dem Arbeiter ist eine illegale Zeitung ein Heiligtum. Jedes Wort wiegt hundertmal schwerer als in einer legalen Zeitung.

Was verbieten Sie alles! Was heben Sie alles auf! Sie beginnen sich selbst aufzuheben. Alle Maßnahmen, die Sie ergreifen werden, sind kein Ausweg. Es wird noch weniger ein Ausweg sein, wenn Sie die faschistischen Horden zur Macht kommen lassen. Herr Brüning hat sehr klar gesagt, wenn sie erst einmal an der Macht sind, wird die rote Einheitsfront zustande kommen und alles weggehen. (Stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten.) Wie sind die Sieger morgen. Die Frage steht nicht mehr: Wer? — Wen? Die Frage lautet: Zu welchem Zeitpunkt. Der Zeitpunkt wird sein, wenn die Arbeiterklasse die Einheitsfront hergestellt hat. Das hat die Vergangenheit gezeigt, 1918, beim Kappstich, bei der Cunoregierung. Die Einheitsfront kann nur zustande kommen im schärfsten Kampfe gegen alle, von den Rechts-Sozialfaschisten bis zu den Hitlerfaschisten. Die faschistische Herrschaft schreckt uns nicht.

Die Sozialdemokraten verkünden, daß nur der Ausweg bleibt, die Brüningregierung zu stützen, damit Hiller nicht zur Macht kommt. Wir meinen umgekehrt, das gegenwärtige Kabinett ist die unmittelbare Vorstufe des Hitlerkabinetts. Deswegen gilt unser Kampf dem Ziel, die rote Einheitsfront des gesamten Proletariats in Deutschlands zu schmieden, um die kapitalistische Herrschaft niederzuerweren und ein freies sozialistisches Deutschland aufzurichten! (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Nach dem Genossen Kemmele sprechen noch die Vertreter der Deutschnationalen (Oberjöhren), Zentrum (Toft), Volksnationalen (Waltusch). Am Schluß ergreift der Reichsfinanzminister Dietrich das Wort.

Die Sitzung wird dann auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

Große Erwerbslosendemonstrationen

Wahl Delegierte zur Landes-Erwerbslosen-Konferenz am 18. Oktober in Dresden

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Meldung.)

Gestern mittag bildete sich in der Bankstraße im Berliner Wedding, unweit des Arbeitsamtes, ein Demonstrationstrupp von hungernden Erwerbslosen. Schon nach einigen hundert Metern stellte sich ihnen die Polizei entgegen, die Schreihölle abgab, als nicht sofort die Auflösung erfolgte. Die Schupo nahm 4 Demonstranten fest und lieferte sie in der Abteilung IA ein.

Auch im Südoften von Berlin kam es zu größeren Ansammlungen von Erwerbslosen, die durch die Straßen zogen. In der Dresdener Straße wurde vor einem größeren Lebensmittelgeschäft haltgemacht und eine Menge Lebensmittel wurden herangeholt. In der Turmstraße in Moabit kam es um 13 Uhr ebenfalls zu größeren Ansammlungen vor dem Delikatessengeschäft Robert Roschwig. Dort war ein größerer Zug von Erwerbslosen erschienen und hatte unter der Erklärung, daß sie bei dem ständigen Unterhaltungsabbau nicht mehr ihren Hunger stillen könnten, einige Würste mitgenommen. Ein Ueberfallkommando, das später eintraf, schlug mit Gummiknüppeln auf die Masse ein.

Siegen, 15. Oktober. (Telunion.) Am Mittwochnachmittag hatten sich etwa 200 Arbeitslose in mehreren

Trupps in den Nebenstraßen zusammengedrängt und plötzlich gegen das Rathaus vor. Die Beamten der im Rathaus untergebrachten Polizeiwache wurden mit Steinwürfen und ungeschicklichen Schüssen empfangen. Die Polizei erwiderte das Feuer und umschloß die Menge. Die Erwerbslosen wurden von der Polizei in die Nebenstraßen abgedrängt, wobei mehrere Beamte durch Steinwürfe leicht verletzt wurden.

Arbeitslose sammeln für Streikende

Der Schlichtungsausschuh im Lohnkonflikt in der Metallindustrie Hagen-Schwelm hatte einen Schlichtungsversuch von 0 Vorkursbürokratie hatte diesen Schlichtungsversuch angenommen und die Vorkursbürokratie beantragt. Eine Anzahl Belegschaften haben aber bereits den Kampf aufgenommen.

Alle Versuche der Streikbürokratie, den Kampf zu schwächen, scheiterten an der Entschlossenheit der Belegschaften und der Solidarität der Erwerbslosen, die bereits als 1. Rate 44 Markt zur Unterstützung der kämpfenden absteigerten.

Spaltung der SAJ in Hamburg!

Schupo und Polizei gegen oppositionelle SAJ

In Hamburg fand eine Delegiertenversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend statt, auf der es zur Spaltung der Hamburger SAJ kam. Vom „linken“ Bezirksvorstand lag eine Resolution vor, die sich demagogisch gegen die Politik der SPD-Führung, gleichzeitig aber auch gegen die Spaltung wendete. Gegen diese Resolution stimmten bei namentlicher Abstimmung trotz Ankündigung des Ausschusses 89 Delegierte, dafür waren 101 Stimmen.

Zwei Tage darauf fand eine Versammlung der oppositionellen SAJ-Mitglieder statt, in der von mehreren Rednern

Fühlungnahme mit dem kommunistischen Jugendverband gefordert wurde. Am gleichen Sonntag fand in Altona eine Demonstration der Hamburger und Altonaer SAJ statt. Auf dieser Demonstration kam es zu Zusammenstößen zwischen den oppositionellen SAJ'ern, Schupo-Leuten und Polizei, die Schupo schlug mit ihren Knöpfen und mit Faust auf die SAJ'ler ein. Mehrere von ihnen wurden verletzt, einem SAJ'ler wurde das Nasenbein zertrümmert.

Auch in Duisburg-Hamborn Spaltung

In einer Vertreterversammlung der Ortsgruppe Duisburg-Hamborn der SAJ wurde beschlossen, aus dem Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend auszutreten. Die SPD-Presse stimmt darüber ein wütendes Geschrei an und spricht von Unterdrückung von Parteilegentum und ruft mehr oder weniger offen nach der Polizei. Das sind die letzten Mittel, mit denen die SPD-Bürokratie ihre Mitglieder zu halten denkt.

Der SPD-Vorstand schließt aus

Im Bezirk Duisburg wurden wegen „parteilich-abhängigen Verhaltens“ folgende Arbeiter aus der SPD ausgeschlossen: Willi Corneli, Duisburg-Hochfeld, Karl Jaufke, Duisburg-Hochfeld, Fritz Dunkel, Duisburg-Hochfeld, Johann Vogt, Duisburg-Hochfeld, Heinrich Gierres, Duisburg-Nußdorf, Heinrich Krämer Jr., Duisburg-Neidrich, Fritz Kling, Duisburg-Neudorf.

Die Mitglieder des Deutschen Freiendenerverbandes und die Mitglieder der SPD in Greifswald wählten den 1. Vorsitzenden der SPD, Ortsgruppe Greifswald, Julius Schröder, als Delegierten nach der Sowjetunion, um sich Informationen über die Lage des Arbeiter- und Bauernrates von ihm geben zu lassen. Schröder wurde darauf vom Bezirksvorstand der SPD-Organisation ausgeschlossen. Mit ihm gehen jetzt ein Teil Arbeitermitglieder der SPD zur kommunistischen Partei.

Neuer SPD-Reflameballon!

Sand in die Augen der Arbeiter — Massenbetrug der SPD-Führer!

Dresden, 14. Oktober

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine große Anzahl Anträge eingebracht, in denen u. a. gefordert wird, Revision der Fürstenernteabgabe, verstärkte Pensionsfürsorge und verstärkter Zwang zur Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der Pensionsfürsorgeantrag verlangt Kürzung jeglicher Pensionen auf 12 000 Mark. Alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark sollen um 20 bis 50 Prozent gekürzt werden. Wenn ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder aber nur unvollständig durchführt, soll der Unterschiedsbetrag in Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden. Ein weiterer Antrag betrifft die Wiedereinstellung und Wiedereinstellung von Kartoffeln und Kohlen als zusätzliche Leistung zu den Unterstützungsbeträgen. Ein Antrag zum Tarifrecht verlangt, daß die Reichsregierung alle Pläne und Forderungen auf Befehligung und Ausbühlung des Tarifrechts ablehnt.

Diese Anträge der SPD-Reichstagsfraktion haben keinerlei praktische Bedeutung. Mit der Tolerierung der Brüning-Regierung unterstützt die SPD auch alle arbeitgeberfeindlichen und reaktionären Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Anträge sind lediglich dazu bestimmt, den Massen Sand in die Augen zu streuen und die Rettung ihrer Brüning-Diktatur zu verschleiern. Das zeigen besonders die Anträge zur Kürzung der Einkommen. SPD-Minister waren es, die den Hohenzollern und anderen Fürstenparasiten Millionengehälter machten. Die Preußenregierung zahlt heute noch an Wilhelm 50 000 Mark pro Monat.

Ebenso steht es mit den Anträgen auf Gehalts- und Pensionskürzung. Die Sozialdemokraten lehnen im Interesse ihrer wohlhabenden Könige und Staatsfunktionäre in den Landtagen und Gemeinden alle Anträge der Kommunisten auf Herabsetzung der Gehälter bis zur Höchstgrenze von 6000 Mark ab. Sie stimmen

in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern des Bürgertums die kommunistischen Anträge auf Winterhilfe nieder. — Ihr Anteil von Anträgen im Reichstag ist daher elende Demagogie und bezweckt, den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Naturalien statt Geld!

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Reichsarbeitsminister teilt in einem Rundschreiben mit, daß auf Grund der Notverordnung die Arbeitsämter ermächtigt werden, ein Drittel der Unterstützung in Brot, Kartoffeln und Brennstoffen auszugeben. Die Antwort aller Erwerbslosen muß Massenprotest gegen diese Naturalversorgung sein. Sie müssen kämpfen für Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in bar und zusätzlicher Lieferungen von Lebensmitteln gemäß dem roten Selbsthilfeprogramm.

Nazis wollen zur Futterkrippe!

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin-Weißensee verlas der Reichstagsführer am Schluß seines Referates eine Erklärung Adolf Hillers, in der es u. a. heißt: „Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie reiflich zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung eines Kabinetts diesem Ruf selbstverständlich Folge.“

Diese Erklärung ist zweifellos das Ergebnis der Besprechung Hillers mit Hindenburg. Die Nazis wollen unter allen Umständen an die Futterkrippe des kapitalistischen Völkchens und treten dabei ihre demagogischen Wahlversprechungen mit

Arbeitslose sammeln für Streikende

Der Schlichtungsausschuh im Lohnkonflikt in der Metallindustrie Hagen-Schwelm hatte einen Schlichtungsversuch von 0 Vorkursbürokratie hatte diesen Schlichtungsversuch angenommen und die Vorkursbürokratie beantragt. Eine Anzahl Belegschaften haben aber bereits den Kampf aufgenommen.

Alle Versuche der Streikbürokratie, den Kampf zu schwächen, scheiterten an der Entschlossenheit der Belegschaften und der Solidarität der Erwerbslosen, die bereits als 1. Rate 44 Markt zur Unterstützung der kämpfenden absteigerten.

Massenprotest gegen Stilllegung

3000 hungernde Bergarbeiter in Neurode fordern Wiedereröffnung der Grube

Berlin, 14. Oktober.

Auf der Wenzelsgrube bei Neurode, auf der im Juli 1930 152 Bergleute tödlich verunglückten und die seit dem 1. Januar d. J. stillgelegt worden war, soll gestern auf Veranlassung des Konkursverwalters 100 Arbeiter mit den Abräumungsarbeiten beginnen. Daraufhin versammelten sich am Morgen etwa 2000 Arbeiter in der Grube beifällig gewelten Bergleute und forderten die Arbeiter auf, nicht mit den Abräumungsarbeiten zu beginnen. Die Arbeiter gaben schließlich dem Drängen nach. Am Nachmittag demonstrierten dann in Neurode über 3000 Bergleute vor dem Landgericht und verlangten die Wiedereröffnung der Grube.

Gebering zweifelt an Schupo und Reichswehr

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Polizeiminister Gebering hielt im preußischen Landtag eine große Rede, in der er sich des langen und breiten über die verfassungsrechtliche Deduktion ausließ.

Er erklärte unter anderem, daß er immer noch der Auffassung sei, daß man die Not des Volkes nicht mit dem Gummiknüppel bekämpfen könne, sondern soziale Maßnahmen treffen müsse. (Zuruf des Gen. Kasper: „Sie handeln im Gegensatz zu Ihren eigenen Worten!“) Der nächste Winter werde trotzdem an die feilliche Verfassung der Polizeibeamten die härtesten Anforderungen stellen. Um so mehr werde die Regierung gegen die kommunistische Forderung der Polizei vorgehen. Es würden jetzt beinahe in allen Schupo-Lagern kommunistische Flugblätter verteilt.

Solange dieses System von der Schupo-Polizei in der Hand des preußischen Innenministers und von der Reichswehr in der Hand der Brüningregierung verteidigt werde, solange könne man auf die Hilfe des Stahlhelms und der Nationalsozialisten in der Verteidigung des Staates und seiner Bürger verzichten. Herr Gebering scheint jedoch selbst sehr erhebliche Zweifel in die Verantwortlichkeit der Reichswehr und Schupo zu setzen, denn er erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, daß der entscheidende Maßstab für die hinter der Regierung stehenden Parteien und die großen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten seien, die selbst die Aufgabe der Polizei übernehmen würden.

SPD für Beamte!

Berlin, 14. Okt. (Eig. Ber.)

Die erste Sitzung des preußischen Landtages nach den Sommerferien am 13. Oktober stand unter dem Eindruck der großen Rede des Genossen Kasper. Er begründete zunächst die Frauensanträge gegen den Kultusminister Grimme wegen seiner katastrophalen Schulabbauverordnung und der Entlassung von 7000 Lehrern und gegen den Polizeiminister Gebering wegen seiner Mitarbeit an den verschiedensten Notverordnungen Brüning. In scharfen Worten wandte er sich gegen den Abbau der Gehaltsbezüge der unteren und mittleren Beamten in Staat und Kommune und gegen die ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen bei den unteren und mittleren Beamten und Angestellten.

Neues in Kürze

Der spanische Ministerpräsident Zamora und der Innenminister Maura haben ihr Rücktrittsgesuch eingereicht und begründen dieses mit der Abstimmung der Nationalversammlung in der Religionsfrage. Der Religionsminister Azana ist mit der Bildung der Regierung beauftragt worden.

Die Landvolkpartei hat beschlossen, für die Wählerentscheidungen gegen die Brüningregierung zu stimmen.

Ein verheerender Sturm an der pazifischen Küste Japans hat bisher 80 Todesopfer gefordert.

Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus sind 18 Ärzte und 60 Krankenschwestern infolge Sepsis erkrankt und nach dem Spital übergeben worden.